

**Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern**

Klaus Schwabe

Albert Schulz

**Ein Leben für soziale Gerechtigkeit
und Freiheit**

Reihe
Geschichte
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 7

Copyright by
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 170
19053 Schwerin

2., unveränderte Auflage
Schwerin Dezember 1997

Druck:
Druckerei Conell
Siedlerweg 6, 19055 Schwerin

ISBN 3 - 86077 - 409 -3

Albert Schulz
(1895 - 1974)
zum Gedenken

Inhalt	Seite
Vorwort von Helmut Schmidt	5
Albert Schulz - ein Leben für soziale Gerechtigkeit und Freiheit	7
Tabellarischer Lebensweg	25
Dokumente	27

Vorwort

Albert Schulz habe ich, kurz nach seiner Flucht aus Rostock, 1949 in Hamburg kennengelernt. Er war ein in der Wolle gefärbter Sozialdemokrat, er ist unserer gemeinsamen Partei im Jahre 1913 mit 18 Jahren beigetreten; er war unter der national-sozialistischen Diktatur dreimal, unter der kommunistischen Diktatur der sowjetischen Besatzungsmacht abermals eingesperrt gewesen. Ich selbst war um eine Generation jünger als Albert und war Mitglied der SPD erst seit Ende des Jahres 1945. Albert war seit 1946 gewählter und 1949 von den Kommunisten aus dem Amt gejagter Oberbürgermeister von Rostock gewesen; ich selbst dagegen hatte nur die Erfahrungen als Soldat und nach 1945 als Student. Diese enormen Unterschiede der Lebenswege führten mich zwangsläufig zu einem großen Respekt, gemischt mit Verehrung und Scheu, gegenüber diesem Manne, der seine Heimatstadt Rostock bei Nacht und Nebel hatte verlassen müssen.

Herbert Wehner ist wohl derjenige gewesen, der gegen Ende des Jahres 1949 in Hamburg für eine erste berufliche Anfangsstellung gesorgt hat. Im Herbst 1949 war der erste Bundestag gewählt worden; Herbert Wehner, Peter Blachstein, Hellmut Kalbitzer und einige andere Hamburger Sozialdemokraten waren gewählt worden, sie machten Albert Schulz zu ihrem gemeinsamen Sekretär. Ich habe ihn in den nächsten drei Jahren fast jede Woche einmal erlebt, weil nämlich die Hamburger SPD-Abgeordneten sich regelmäßig bei dem damaligen Wirtschaftssenator Karl Schiller trafen, um sich über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der jungen Bundesrepublik zu beraten (damals war ich ein Mitarbeiter Schillers).

Albert war ein Mann, der zuhören konnte. Aber die anderen hörten auf ihn, wenn er sprach, besonders dann, wenn die Rede auf die Lage in der damals entstehenden DDR, auf die Sowjets und auf die deutschen Kommunisten kam. Dabei hat er übrigens seine sehr mecklenburgische Sprachfärbung nicht mehr verloren, auch später nicht, als er fast zehn Jahre lang hauptberuflich in der Landesleitung der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie tätig war. Allerdings liegen ja die Dialekte der Lübecker, der Rostocker, der Holsteiner, der Mecklenburger und der Hamburger schon aus alten Zeiten nahe beieinander, besonders im Plattdeutschen. Albert Schulz paßte ebenso gut nach Kiel wie heute sein Sohn Peter, der als ganz junger Mann mit seinem Vater nach Hamburg gekommen war, gut nach Rostock paßt.

Albert Schulz hat den politischen und beruflichen Aufstieg seines Sohnes nur zu einem Teil miterleben können. Heute wäre er gewiß glücklich, wenn er seinen Sohn, wieder in Rostock arbeitend, dort erleben könnte. Albert Schulz hat fest an die Vereinigung Deutschlands geglaubt, er hat sie leider nicht mehr erleben dürfen. Er hat gewußt, daß der Kommunismus ein Irrtum war, zwar zur Diktatur fähig, aber nicht zu viel mehr.

Deshalb hat er sich 1946 der zwangsweisen Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetisch besetzten Zone widersetzt. So sehr ich mich darüber freue, daß diese Schrift den zugleich typischen und zugleich herausragenden Sozialdemokraten Albert Schulz für eine spätere Generation porträtiert, so sehr möchte ich doch wünschen, daß sich auch ein Autor findet, der die Geschichte der von Sowjets und deutschen Kommunisten mit Drohung und Gewalt manipulierten Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Rostock nachzeichnet. Denn manche Menschen im Osten wie im Westen unseres Vaterlandes haben nur sehr geringe Kenntnis von jenem unheilvollen Vorgang, der in der Folge zur Verwischung und zur Verwaschenheit des Begriffsinhalts beigetragen hat, den die alten Sozialdemokraten mit dem Worte Sozialismus verbunden haben. Und nur wenige haben Kenntnis vom Widerstand gegen die Zwangsvereinigung.

Für einige erscheint heute die Aufhellung der Stasi und ihrer scheußlichen Aktivitäten als besonders wichtig. Dagegen erscheint mir die Erinnerung an die vorbildliche Haltung aufrechter Menschen unter der kommunistischen Diktatur viel wichtiger. Denn jedermann braucht in Wahrheit Vorbilder. Und Albert Schulz war ein Vorbild.

19. August 1995

Helmut Schmidt

Albert Schulz - ein Leben für soziale Gerechtigkeit und Freiheit

Die Arbeiterbewegung in Mecklenburg ist nicht so reich an herausragenden Persönlichkeiten, die entscheidend die Richtung der sozialen Kämpfe ihrer Zeit mitbestimmt haben, wie es z.B. die sächsische oder hessische Arbeiterbewegung ist. Ein Grund hierfür mag in der vorwiegend agrarisch geprägten Spezifik dieser Region liegen. Zu den Führungskräften, die in der wechselvollen Geschichte des Landes in besonderer Weise ihre Aufrichtigkeit bewahrten, den Verlockungen eines bequemen Weges widerstanden und damit oftmals Freiheit und Leben riskierten, gehört Albert Schulz.

Als Albert Schulz am 11. Oktober 1895 in Rostock das Licht der Welt erblickte, hatte Mecklenburg wenig Anteil an dem industriellen Aufschwung des Wilhelminischen Deutschen Reiches. Das halbfeudale, ständisch geprägte politische System und die vorwiegend agrarischen wirtschaftlichen Verhältnisse ließen wenig Raum für Fortschritt. Entsprechend gab es große Rückständigkeits im Schulwesen, in der Verwaltung und im Sozialwesen.

Rostock hob sich allerdings vom übrigen Mecklenburg ab. Der freiheitliche Geist der Universität, die gebildete Arbeiterschaft, der Reichtum der Bürgerschaft und nicht zuletzt die Vertretung der Stände durch den Engeren Ausschuss machten die privilegierte Stellung der Hansestadt aus. Hier hatte sich mehr als in anderen Teilen Mecklenburgs die liberale Tradition der 48er erhalten. Die Anfänge der Sozialdemokratie in Mecklenburg sind unlöslich mit der Rostocker Arbeiterschaft verbunden.

In Rostock geboren und aufgewachsen zu sein, war zu jener Zeit ein Vorzug, den auch Albert Schulz bereits in seiner Kindheit zu spüren bekam. Schon bald lernte er den Stolz, aber auch die Sorgen und Nöte des Arbeiterstandes kennen. Vater Berthold, Former auf der Neptunwerft, war Mitglied der SPD und des Metallarbeiterverbandes. Schon während seiner Schulzeit bekam er mit, wie der Vater mit den Arbeitskollegen über politische Fragen diskutierte und mit ihnen gemeinsam erste bescheidene Rechte erkämpfte, so daß Klassenkampf für ihn frühzeitig ein vertrauter Begriff wurde.

Nach dem Besuch der Volksschule begann er eine Lehre als Maschinenbauer auf der Neptunwerft. Während seiner vierjährigen Lehrzeit wurde er Mitglied der "Freien Jugend", der Jugendorganisation der SPD in Rostock, und der Gewerkschaft. Sein Interesse für politische Bildung veranlaßte ihn zur Mitbegründung des Diskussionskreises "Freies Wort". Hier lernte er Schriften von Marx, Engels, Bebel, Kautsky und Bernstein kennen. Nächtelang wurde über die

Beziehung von Lohnarbeit und Kapital, über Revolution und Sozialreform diskutiert. Folgerichtig trat er am 11. Oktober 1913 der SPD bei.

Seine Wanderschaft als Maschinenbauergeselle führt ihn in die Zentren der Arbeiterschaft Norddeutschlands. Hamburg, Lübeck, Bremen und Emden waren Stationen, bis er schließlich in Bevensen eine Anstellung fand. Albert Schulz suchte in allen Städten den Kontakt zur Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung. Ihm wurde dabei die Bedeutung eines hohen Organisationsgrades der Arbeiterschaft bewußt, vor allem wenn es um eine Verbesserung ihrer Rechte und sozialen Bedingungen ging. Ohne entschlossenen Kampf war gegen die Unternehmerschaft wenig auszurichten.

In Bevensen wählte man ihn trotz seiner Jugend in die dreiköpfige Verhandlungskommission der ersten dortigen Lohnbewegung. Dabei machte er die Erfahrung, daß die Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgrund fehlender gesetzlicher Grundlagen von den Arbeitgebern diktiert werden konnte. 1914 ging er dann nach Kiel.

Im November 1915 wurde er Soldat. Als Feldartillerist lernte er die Schrecken des Krieges kennen, sah, wie viele seiner Kameraden getötet wurden. Das Kriegserlebnis prägte nachhaltig seine politische Grundposition und stärkte seine Abneigung gegen Krieg und Gewalt. Für ihn traf zu, daß die Erfahrung des Krieges seine Persönlichkeit in einer Weise reifen ließ, die ihn aus dem Kreise Gleichaltriger heraus hob. Die politische Dimension seines Lebens hat hier eine Wurzel.

Die Novemberrevolution nahm er begeistert auf. Als Mitglied des Rostocker Soldatenrates sorgte er mit dafür, daß die Herrschaft des Großherzogs und der Stände in Mecklenburg beendet wurde. Mit der Autorität des Soldatenrates wurde erreicht, daß in Rostock die revolutionären Ereignisse nicht zu chaotischen Zuständen führten. In der Gründung der Kommunistischen Partei sah er in erster Linie eine Spaltung der Arbeiterschaft, die sich seiner Meinung nach negativ auf den Fortgang der sozialen Auseinandersetzungen auswirken würde, zumal die Radikalisierung in der KPD eine Verständigung mit den Sozialdemokraten unmöglich machte.

Als 1920 von Lettow-Vorbeck sich anschickte, im Auftrag Kapps und Lüttwitzó die Errungenschaften der Novemberrevolution zunichte zu machen, gab es für Albert Schulz kein Zögern. Er stellte einen militärischen Trupp zusammen, vorwiegend aus früheren Mitgliedern der Arbeiterjugend Rostocks. Die Rostocker bewaffnete Arbeiterwehr, geführt von Karl Otto, übernahm den Schutz der öffentlichen Gebäude. Der entschlossene Widerstand der Arbeiterschaft und die konsequente Durchführung des Generalstreiks bedeuteten eine

wirksame Unterstützung und trugen zur raschen Beendigung des Kapp-Putsches bei.

Im Zuge der Neuformierung der SPD in Rostock wurde Schulz Stellvertretender Vorsitzender der Rostocker Sozialdemokraten. Sein konsequenter Einsatz für mehr Rechte der Arbeitnehmer und soziale Gerechtigkeit führte dazu, daß ihm im Laufe der Zeit verantwortungsvolle Aufgaben übertragen wurden. So wurde er beispielsweise als Rostocker Delegierter der SPD zum Reichsparteitag 1920 in Kassel nominiert.

Mit seiner Wahl in den Zweiten Ordentlichen Landtag in Mecklenburg-Schwerin im Frühjahr 1921 begann ein wichtiger Abschnitt seines politischen Lebens. Er machte es sich zur Aufgabe, vor allem für die Hebung des sozialen Lebensniveaus der Arbeiterschaft Mecklenburgs zu streiten. Dabei erkannte er sehr wohl, daß es zwischen parlamentarischer Einflußnahme, Regierungsverantwortung und Wirtschaftsmacht keineswegs harmonisch zugeht. Das durch den Krieg ausgezehnte Mecklenburg sowie die erdrückenden Bedingungen des Versailler Friedensvertrages machten ein Regieren der demokratischen Parteien, das die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung hätte finden können, nahezu unmöglich.

Auf dem Lande waren es die einflußreichen Gutsbesitzer, die das Leben der Landarbeiter maßgeblich beeinflussten. In den größeren Städten und besonders in Rostock versuchten die Unternehmer die Lasten der wirtschaftlichen Krise vor allem auf die Arbeiter abzuwälzen. Als 1921 ca. 300 Arbeiter der Neptunwerft entlassen werden sollten, war es vor allem Albert Schulz, der die Haltung der Unternehmer im Landtag verurteilte: "Es ist bezeichnend, daß gerade in einer Zeit, in der durch eine ungeheure Teuerungswelle die Lage selbst der in Beschäftigung stehenden Arbeiterschaft derartig geworden ist, daß sie nicht einmal das Notwendigste kaufen kann, daß in dieser Zeit die Unternehmerschaft dazu übergeht, sie rücksichtslos auf die Straße zu setzen. Wenn sich die Dinge so weiter entwickeln, dann treiben wir einer Entwicklung entgegen, die keinem von uns lieb sein kann."¹ Er wandte sich gegen eine Radikalisierung der Gesellschaft und verurteilte die Bestrebungen von Kommunisten und Nationalsozialisten, die verschärfte soziale Situation für ihre antidemokratischen Zielsetzungen zu mißbrauchen, sah andererseits aber auch die begrenzten Möglichkeiten der Sozialdemokratie, dem entgegenzuwirken.

Seit 1924 bis zum Verbot 1933 stand Albert Schulz an der Spitze des "Reichsbanner Schwarz Rot Gold" des Bezirks Mecklen-

¹ Vgl. Albert Schulz. Verhandlungen des Zweiten Ordentlichen Mecklenburg-Schwerinschen Landtages. 31. Sitzung. 25. Nov. 1921, Sp. 1122.

burg/Lübeck und lieferte sich so manche Schlacht mit Nazis und Kommunisten. Seine militärischen Erfahrungen kamen den häufigen Reichsbanner-Einsätzen nicht nur als Saalschutz bei SPD-Veranstaltungen zugute, sondern auch wenn es galt, führenden Sozialdemokraten Sicherheit und Schutz bei ihren Aufenthalten in Mecklenburg zu geben. Albert Schulz schreibt in seinen "Erinnerungen" über die schwierige Situation, in der die Trupps des Reichsbanners agierten: "Unsere braven Reichsbannerleute, die jetzt den Löwenanteil an Propagandamärschen und den sehr wichtigen Propagandafahrten auf das flache Land bestritten, klagten, daß sie ihre Schuhsohlen kaputt liefen und es ihnen schwer würde, neue zu bezahlen. Wir sammelten Gelder nicht nur in Parteikreisen. Wir trafen ein Abkommen mit mehreren Schuhmachern zur Reparatur von Schuhen. Wir richteten auch einen geheizten Aufenthaltsraum für unsere arbeitslosen Reichsbannerleute ein. Wir organisierten auf unseren Propaganda-Fahrten ein unentgeltliches Eintopf-Mittagessen, das mit Hilfe von Freunden in kleinen Städten in einem Waschkessel gekocht wurde. Landarbeiter stifteten oft eine ganze oder halbe Speckseite dafür."²

Trotz der Unvollkommenheit der Weimarer Demokratie sah Albert Schulz in der Gewaltpolitik der Nazis und den revolutionären Träumereien der Kommunisten keine vernünftige Alternative. Deshalb bekämpfte er sie gleichermaßen in Wort und Schrift von der Tribüne des Landtags und als Redakteur der Mecklenburgischen Volkszeitung. 1929 wurde er Erster Vorsitzender der SPD in Rostock, dem mitgliederstärksten Unterbezirk Mecklenburgs. Ununterbrochen wurde er bis zum Verbot der SPD in den Mecklenburg-Schwerinschen Landtag gewählt. 1932 erhielt er das Mandat, die Mecklenburger gemeinsam mit Julius Leber und Carl Moltmann im Deutschen Reichstag zu vertreten.

Die verantwortungsvollen Ämter, die ihm bereits in jungen Jahren übertragen wurden, ließen ihn nicht vergessen, daß er als Arbeiterjunge bescheidenen materiellen Verhältnissen entstammte. Seine politische Bildung hatte er sich überwiegend als Autodidakt erworben. Als Sozialdemokrat befand er sich in der Tradition der Linken, die an eine Transformation des Kapitalismus zum Sozialismus glaubten. Im Vertrauen auf die Vernunft der Bevölkerungsmehrheit, sich letztendlich für eine Wandlung der Gesellschaft in Richtung eines größeren sozialen Ausgleichs zu entscheiden, vermochten zeitweilige Rückschläge keinen grundsätzlichen Wandel in der Frage seiner sozialistischen Orientierung zu bewirken. Selbst die Niederlage bei den Landtagswahlen 1932 führte in der mecklenburgischen

² Albert Schulz. Erinnerungen eines Sozialdemokraten, S. 41. Unveröffentlichtes Manuskript.

Sozialdemokratie zu keiner ernsthaften Erschütterung ihrer Überzeugung von der prinzipiellen Durchführbarkeit einer Reformpolitik. Er teilte mit Wilhelm Kröger, Carl Moltmann, Karl Schneeberg und Paul Schroeder den Glauben an die Durchführbarkeit des "Weimarer Modells" sozialer Wandlungen in Richtung auf größere soziale Gerechtigkeit. "Wir sind uns völlig klar darüber, daß grundsätzlich diese Zustände (Wirtschaftskrisen d.V.) nur geändert werden können, wenn eben das kapitalistische System überhaupt abgelöst wird, wenn es ersetzt wird durch ein System höherer Ordnung vollkommener Organisation, durch die sozialistische Wirtschaftsweise. Wir wissen aber auch, daß dieser Zeitpunkt heute noch nicht erreicht ist, so sehr und so leidenschaftlich wir diesen Zeitpunkt alle herbeisehnen, und wir sind deshalb gezwungen, heute im Rahmen der Möglichkeiten zu versuchen, für die Bevölkerung etwas herauszuholen."³ Diese Mischung aus an Marx orientiertem Zukunftsglauben und dem Akzeptieren der real beschränkten politischen Möglichkeiten war Lebenseinstellung und hielt auch noch, als die Nazis bereits rigoros gegen die Demokratie und ihre Verfechter vorgehen.

Schulz war weit davon entfernt, Illusionist zu sein oder irgendwelchen Phantastereien anzuhängen. Fehleinschätzungen über die Weimarer Republik, etwa in der Frage der Staatsgewalt oder der Verfolgung eines relativ abstrakten Demokratiemodells, trug er teilweise selbst mit, sah aber zugleich entscheidende Mängel. Das halbherzig durchgeführte Reformwerk, die Widersprüche zwischen wirtschaftlicher Macht und politischer Einflußnahme und nicht zuletzt auch das totale Fehlen einer wehrhaften Demokratie in einer Zeit, wo sie bitter nötig gewesen wäre, machten ihn unzufrieden. So kam er bei der Bewertung der Justiz im Jahre 1932 zu der Einschätzung: "In diesem Jahr müssen wir allerdings feststellen, daß die mecklenburgische Justiz gegen das terroristische Treiben der Nationalsozialisten vollkommen versagt hat."⁴

Es war aber nicht nur die Justiz, die im Kampf gegen die Nazis versagte. Schulz beklagte wiederholt fehlende Möglichkeiten, die gewiß guten Ansätze einer grundlegenden Sozialreform mit mehr Konsequenz durchsetzen zu können. Mit den Vertretern der konservativen Parteien lieferte er sich von der Bühne des Parlaments und vor allem in der Zeitung so manches Wortgefecht, das nicht zuletzt auch seine Begabung als Redner und Publizist zum Ausdruck brachte. Er beherrschte die freie Rede wie nur wenige, begeisterte seine Freunde

³ Vgl. Albert Schulz. Verhandlungen des Zweiten Ordentlichen Landtages. 80. Sitzung. 23. März 1923, Sp. 4260.

⁴ Ders. Verhandlungen des Sechsten Ordentlichen Landtages. 46. Sitzung. 24. Febr. 1932, Sp. 4637.

und verblüffte mit beißender Ironie seine politischen Gegner. Dennoch merkte er sehr bald, daß ein ständig größer werdender Teil der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, eine zunehmende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der von Sozialdemokraten maßgeblich mitbestimmten Politik entwickelte. Die allgemein negative Haltung großer Teile des Landadels, aber auch des Bürgertums zur Weimarer Demokratie schürten besonders in Zeiten der wirtschaftlichen Krise diese Unzufriedenheit noch.

Geradezu dramatisch entwickelte sich die Situation in Mecklenburg zu Beginn der dreißiger Jahre, als er Mitglied des Reichstages wurde. Nun konnte er den stürmischen Aufstieg der Nazis auch aus zentraler Perspektive erleben. Mit großer Besorgnis nahm er zur Kenntnis, daß die SPD dem Ansturm der Nazis einerseits und den Angriffen der Kommunisten andererseits relativ wenig entgegenzusetzen hatte. In Schwerin blies Friedrich Hildebrandt zum Sturm. Aber immer noch vertraute Albert Schulz den humanistischen und demokratisch gesinnten Kräften im Volk und hoffte, daß sie sich nicht kampflos dem Terror der Nazis ergeben würden. Mit einem Zug von romantischem Schwarmgeist entgegnete er Hildebrandt in einer hitzig geführten Debatte im Landtag: "Das deutsche Volk müßte nicht das Volk der Dichter und Denker sein, wenn es sich von nationalsozialistischen Täuschungsmanövern einfangen lassen würde. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk, dem unsere Liebe und unser Streben gilt."⁵

Um so größer war natürlich seine Enttäuschung, als die NSDAP bei den Wahlen zum Siebten Ordentlichen Landtag am 5. Juni 1932 sogar die absolute Mehrheit erreichte. Ohne feste politische Überzeugung und einzig in der Ablehnung des politischen System der Weimarer Demokratie liefen viele junge Menschen, aber auch erhebliche Teile des mittleren Bürgertums wie auch selbst Teile der Arbeiterschaft zur NSDAP über, der Partei eines modischen Radikalismus.⁶

So sehr er sich mühte, konnte er doch auch in Rostock nicht verhindern, daß große Teile der Bevölkerung den Parolen der Nazis aufsaßen. Mehr denn je war er nun dafür, daß mit mehr "Rücksichtslosigkeit als bisher gegen dieses Gesindel" vorgegangen würde. Die Bevölkerung wurde von den Nazis eingeschüchtert. Schulz benannte offen den Terror, der selbst vor Mord nicht halt machte. "In Mecklenburg wütet der nationalsozialistische Terror. Durch Terror und Entlassung versuchen in Mecklenburg auch zahl-

⁵ Ders. A.a.O., 29. Sitzung, 18. Febr. 1931, Sp. 2376.

⁶ Vgl. Wolfram Pyta. Gegen Hitler und für die Republik. Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1989, S. 131 ff.

reiche Landwirte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zu zermürben, sie zum Austritt aus ihren Organisationen zu veranlassen und sie zu Nazis zu pressen."⁷ Schulz gehörte damit zu jenen Sozialdemokraten, die nicht bereit waren zu schweigen.

Schon im Frühjahr 1933 erfolgte eine erste Verhaftung mit einer Anklage wegen "Verdacht auf Hochverrat". Es kam jedoch zu keiner Verurteilung, so daß er mit einigen Monaten Untersuchungshaft davonkam. Aber schon wenige Monate später sperren ihn die Nazis erneut für einige Wochen ein. Arbeitslos und unter Kontrolle der politischen Polizei stehend, hatte er nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis zu entscheiden, wie er sich künftig dem NS-Regime gegenüber verhalten sollte. Um seine Familie zu ernähren, folgte er dem Beispiel anderer Sozialdemokraten und eröffnete einen Zigarrenladen in Rostock. Diese unverdächtige Tätigkeit gab ihm die Möglichkeit des illegalen Kampfes gegen die Nazi-Diktatur, beabsichtigte er doch nicht, sich der Gewalt der Faschisten zu beugen. Er stand in Verbindung mit Julius Leber und Willy Jesse, traf sich mit Moltmann, Höcker und Schneeberg und hatte auch keine Berührungspunkte gegenüber Kommunisten. Trotz seines Mißtrauens und seiner ideologischen Ablehnung war er der Auffassung, daß alle gegen die NS-Diktatur gerichteten Kräfte ihre Aktivitäten vereinen sollten.

1939 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und war bis 1941 Soldat. 1941 erfolgte die Dienstverpflichtung als Zivilangestellter der Luftwaffe. Das gab ihm die Möglichkeit, seine illegale Arbeit gegen den NS-Staat fortzusetzen. Gemeinsam mit Willy Jesse, Heini Beese und Karl Schröder arbeitete er in einer Untergruppe des Widerstandskreises Julius Leber. Nach dem mißlungenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er verhaftet und mit anderen Sozialdemokraten eingesperrt. Es gelang der Gestapo aber nicht, ihm eine antifaschistische Tätigkeit nachzuweisen, so daß man ihn nach einigen Wochen wieder entlassen mußte.

Sofort nach Ende des Krieges begann er in Rostock mit der Sammlung der Sozialdemokraten, und bereits am 5. Juli 1945 war die SPD in Rostock wieder arbeitsfähig. Albert Schulz wurde zum Vorsitzenden und Alfred Starosson zu seinem Stellvertreter gewählt.

Auf Landesebene erfolgten erste Konsultationen mit Carl Moltmann, Wilhelm Höcker, Wilhelm Lüdemann und weiteren Sozialdemokraten mit dem Ziel der Bildung eines Landesvorstandes. Albert Schulz wurde von der Mehrheit für den Vorsitz der Landesorganisation vorgeschlagen. Das fand jedoch nicht die Zustimmung der Besatzungsmacht, die - vermutlich nach einer Intervention der Kommuni-

⁷ Vgl. Anm. 2, Sp. 4645.

sten - Moltmann zum Vorsitzenden bestimmte. Über die Beweggründe dieser Entscheidung sind bisher zwar keine Dokumente bekannt geworden, aber das Motiv der russischen und deutschen Kommunisten, Albert Schulz als Vorsitzenden abzulehnen, dürfte in einem allgemeinen Mißtrauen ihm gegenüber gelegen haben.

Im Gegensatz zu den Schweriner Sozialdemokraten wollten die Rostocker eine SPD für ganz Deutschland, die an die fortschrittlichen Traditionen der Arbeiterschaft anknüpfen und für ein einheitliches und demokratisches Deutschland eintreten sollte, in dem Frieden und soziale Gerechtigkeit die oberste Maxime darstellen.

Nun begann eine schwere Zeit für Albert Schulz und seine Freunde. Dabei standen nicht einmal so sehr die Folgen des Krieges im Vordergrund. Hier vertraute er der Kraft des Volkes, das die schwere Bürde schon tragen würde. Sorge bereitete ihm, daß die sowjetische Besatzungsmacht gemeinsam mit den Kommunisten die Macht fast uneingeschränkt in ihrem Interesse gebrauchen und mißbrauchen konnte. Er kannte die Kommunisten, wußte von den Schmähungen der Sozialdemokraten als Sozialfaschisten und kannte ihren Indoktrinismus in politischen und ideologischen Fragen. Waren die Kommunisten tatsächlich durch die leidvolle Erfahrung der Nazi-Diktatur geläutert, wie sie es selbst vorgaben? Auf alle Fälle war Vorsicht geboten. Er teilte den Wunsch vieler seiner sozialdemokratischen Genossen nach einem ehrlichen Neubeginn. Fehler der Vergangenheit sollten Lehrmeister zum Besseren sein. Abstriche an seinen politischen Grundsätzen kamen für ihn nicht in Frage.

Albert Schulz wollte weder eine Einheitspartei aus Sozialdemokraten und Kommunisten noch ein besonderes "Aktionsbündnis der Arbeiterparteien", er wollte die Zusammenarbeit mit allen Parteien, die für "die Schaffung einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik" eintraten zur Beseitigung der "Spuren des Hitlerregimes". Ende 1945 sah er die Entwicklung aber bereits in eine andere Richtung gehen. Folgerichtig mobilisierte er die sozialdemokratische Arbeiterschaft Rostocks Anfang Januar 1946 zu Funktionärs- und Mitgliederversammlungen. Auf der Neptunwerft wurde in einer Mitgliederversammlung der SPD eine von ihm formulierte Resolution verabschiedet. Sie verlangte, die Vereinigung von dem Votum eines Reichsparteitages und einer Urabstimmung im Reichsgebiet abhängig zu machen - und jeder wußte angesichts der klaren Haltung insbesondere Kurt Schumachers, wie das Ergebnis dieses Votums und dieser Urabstimmung ausfallen würde.

Damit war der Fehdehandschuh geworfen. Die sowjetische Militäradministration (SMA) und die KPD forderten vom Landesvorstand der SPD, dem auch Albert Schulz angehörte, eine Revision dieses Beschlusses. In der "Volksstimme", dem Organ der SPD Mecklen-

burg-Vorpommerns, erschien ein gegen die Entschließung gerichteter ganzseitiger Artikel. Albert Schulz erinnert sich: "Die Parteioorganisation in Rostock und ihre Führung wurden darin nach Strich und Faden verhauen. Wir waren wütend über unsere Parteizeitung. Ihr Chefredakteur Heinz Pohlmeier - vor 1933 in Harburg - versicherte uns später vertraulich, der Artikel stamme weder aus seiner Feder noch aus der eines anderen Sozialdemokraten, sondern war ihm von der SMA in Schwerin aufgezwungen worden. Der Artikel versuchte den Eindruck eines Schreibens der SPD-Landesleitung zu vermitteln. Selbst Pohlmeier wußte angeblich nicht, wer der Verfasser war. Wir hörten später, daß er von Erich Glückauf von der Landesleitung der KPD stammte. So sah damals die Pressefreiheit für Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone aus."⁸

Dennoch wollte Schulz nicht kampflös aufgeben. Rostock zu verlassen und in den Westen zu gehen, kam ihm angesichts des immer stärker werdenden Drucks schon mal in den Sinn, aber er wollte sich nicht der Verantwortung entziehen, auch im Interesse seiner sozialdemokratischen Freunde, die mit ihm solange wie möglich für sozialdemokratische Positionen kämpfen wollten. Hinzu kam sein Wille, durch seine und seiner Freunde Arbeit einen Restbestand von Bürgerfreiheit auch in der SBZ und insbesondere in seiner Stadt zu erhalten. Die Bedingungen der politischen Tätigkeit von Sozialdemokraten in Rostock verschlechterten sich aber insbesondere dadurch, daß sich der Landesvorstand der SPD der Forderung der Kommunisten nach einer raschen "Vereinigung von unten" ergeben hatte. Offen Widerstand zu leisten, war nunmehr zu einer lebensgefährlichen Angelegenheit geworden.

Im Februar 1946 wurde Albert Schulz Oberbürgermeister Rostocks, mußte aber gleichzeitig den Vorsitz der Partei im Bezirk Rostock abgeben. Insbesondere Wilhelm Höcker hatte ihm dazu geraten, mit dem er lange Zeit freundschaftlich verbunden war. Dessen opportunistische Haltung gegenüber den Kommunisten veranlaßte ihn aber immer mehr, auf Distanz zu gehen. Er hoffte, als Oberbürgermeister mehr für die Menschen seiner Stadt bewirken zu können als in einer Parteifunktion. Und in der Tat sind die Jahre, in denen er diese verantwortungsvolle Aufgabe wahrnahm, mit der Wiedererlangung der Leistungsfähigkeit der größten Stadt Mecklenburgs verbunden. Sein engagiertes Wirken zur Überwindung der Folgen des Krieges übertrug sich auf die Menschen der Stadt. Neben den dringend erforderlichen Dingen des Lebens wie Wohnung, Essen, Kleidung und Arbeit benötigten die Menschen Hoffnung und Zuversicht nach den Erfahrungen der braunen Diktatur. Albert Schulz besaß die Gabe, auf die

⁸ Albert Schulz. Erinnerungen eines Sozialdemokraten, S. 99. Unveröffentlichtes Manuskript.

Menschen zugehen und in einer schweren Zeit Optimismus verbreiten zu können, obwohl ihm die Arbeit von der Besatzungsmacht und der SED durch Dirigismus und politische Bevormundung zunehmend erschwert wurde.

Mit der Stalinisierung der SED wurde der Staat immer mehr zum "Machtinstrument der Arbeiterklasse", d.h. der SED. Die kommunale Selbstverwaltung wurde rigoros beschnitten, und die Verwaltung erhielt ihre Direktiven mehr und mehr aus Berlin. Schulz war ein eifriger Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung, an deren Verwirklichung er in den zwanziger Jahren aktiv beteiligt gewesen war. Er beabsichtigte, diesem Prinzip in Rostock auch künftig Geltung zu verschaffen. Zwar sah auch die mecklenburgische Verfassung vom Januar 1947 grundsätzlich nichts anderes vor, einmal mehr offenbarte sich hier aber der Widerspruch zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Der Konflikt mit der SED-Landesleitung war unvermeidlich.

Albert Schulz ahnte, daß nach der Vereinigung von SPD und KPD in Mecklenburg-Vorpommern am 7. April 1946 für jene Sozialdemokraten, die nicht bereit waren, ihr sozialdemokratisches Profil aufzugeben, eine schwere Zeit bevorstehen würde. Im Landesvorstand der SED, dessen Mitglied er war, kam es schon bald zu Auseinandersetzungen über den künftigen Kurs der Partei. In einem kleinen Kreis von zuverlässigen Sozialdemokraten wurde beraten, was nach der Vereinigung zu tun sei, um dem Druck der Kommunisten erfolgreich begegnen zu können. Williy Jesse traf sich in Berlin zu einem vertraulichen Gespräch mit Kurt Schumacher. Dessen Rat gibt Albert Schulz in seinen Erinnerungen so wieder: "...wir sollten in unsrer Funktion und im Amt verbleiben, solange man uns nichts zumutet, dessen sich ein Sozialdemokrat schämen müsse."⁹ Kurz darauf wurde Willy Jesse von den Russen verhaftet und zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt, einen Teil davon hatte er in Sibirien zu verbüßen.

Albert Schulz hat es verstanden, sich während dieser Jahre der Stalinisierung in der Sowjetischen Besatzungszone sein selbständiges Denken zu erhalten. Das war keineswegs einfach und hat ihn gezwungen, aus Gründen der Sicherheit für sich und seine Freunde anderes zu sagen, als er tatsächlich meinte. Die Parteilinie und seine Bewertungen als scharfer Analytiker des Geschehens standen oft in Konflikt miteinander, was ihm große Kraftanstrengungen abverlangte.

Im September 1946 wurden erstmals in Mecklenburg wieder Wahlen durchgeführt. Es waren die Kommunalvertretungen zu wählen und

⁹ Ebenda, S. 107.

somit auch die wichtigen Ämter der Bürgermeister neu zu besetzen. Spitzenkandidat für das Amt des Oberbürgermeisters in Rostock war Albert Schulz. Da die SED in Rostock eine knappe Mehrheit erzielt hatte, schlug die SED-Fraktion ihn für das Amt des Oberbürgermeisters vor. Seine Wahl in der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte einstimmig: Die Abgeordneten von LDP und CDU wählten ihn aber gewiß nicht, weil er der SED angehörte, sondern weil er einen Bonus als Sozialdemokrat besaß und man ihn als einen aufrechten Demokraten schätzte.

Die Probleme, die er als Oberbürgermeister zu lösen hatte, waren oftmals kompliziert. Schon scheinbar einfachste Versorgungsfragen der Bevölkerung bereiteten oftmals erhebliches Kopfzerbrechen. Die hohe Arbeitslosigkeit, die unzureichende Lebensmittelversorgung sowie der Mangel an Heizmaterial waren Themen seines nicht selten fünfzehnstündigen Arbeitstages. Besonders berührte ihn die Meldung, daß in dem strengen Winter 1946/47 in Warnemünde ein Kind erfroren sei.

Das größte Problem aber war, daß die Stadt unter einem Besatzungsregime verwaltet werden mußte. So gehörten der fast tägliche Gang zur Kommandantur und die Entgegennahme von Weisungen und Befehlen zum Arbeitsprogramm des Oberbürgermeisters. Dabei war es nicht einfach, die russische Mentalität immer richtig zu deuten und politische Hinterhältigkeiten rechtzeitig zu durchschauen. Nicht alles war aber vorhersehbar.

Albert Schulz gehörte zu den erfahrensten Kommunalpolitikern in Mecklenburg. So kam es nicht von ungefähr, daß er im Landtag am 10. Dezember 1946 anlässlich der ersten Lesung der Verfassung das Wort ergriff. Er unternahm eine Bewertung der Weimarer Verfassung und verband dies mit einem Vergleich der Situation nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Aus beiden Kriegen ging Deutschland als Verlierer hervor. Es sei eine Tragik, daß Mecklenburg und Deutschland die staatliche Neuordnung unter den Nachwirkungen von folgenschweren Kriegen beginnen müssen. Im Gegensatz zu 1918, wo Deutschland seine staatliche Einheit und Unabhängigkeit noch bewahrt hatte, mußte 1945 mit der Neuordnung begonnen werden, während die oberste Regierungsgewalt auf Seiten der Siegermächte lag, das Land in Besatzungszonen geteilt und die grundlegenden Zukunftsfragen des deutschen Volkes noch ungeklärt waren.

Leidenschaftlich bekannte er sich zur Einheit des deutschen Vaterlandes: "Leider können wir heute diesen staatlichen Neuaufbau nicht so beginnen, wie wir es möchten, nämlich mit der Schaffung einer Verfassung für die gesamte deutsche Republik, aber die heiße Sehnsucht nach dieser gemeinsamen und einheitlichen deutschen

Republik lebt in unser aller Herzen und wird unsere Arbeit beflügeln. Und wir geben die Hoffnung nicht auf, daß der Tag nicht allzu fern ist, an dem es uns gelingt, über einer einheitlichen neuen deutschen Republik unser Banner aufzuziehen."¹⁰ Deshalb sei es als eine Verpflichtung aufzufassen, wenn es im Artikel 1 des Entwurfs der neuen Verfassung für Mecklenburg-Vorpommern heißt: "Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist ein Glied der Deutschen Republik."

Schulz war der Auffassung, daß die Gegner der Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern, die Großgrundbesitzer und das Großkapital "erledigt" seien. "Wir brauchen deshalb nicht zu fürchten, daß zwischen der von uns zu schaffenden Verfassung und der Wirklichkeit wieder ein tiefer Riß klaffen wird, im Gegenteil, die Machtverhältnisse haben sich in unserem Gebiet so grundlegend geändert, daß es notwendig ist, ihnen auch schriftlich Ausdruck zu geben."¹¹

Als Feinde der Demokratie sollten sich aber immer mehr jene politischen Kräfte erweisen, die bereits die Weimarer Verfassung als einen "Fetzen Papier" betrachtet hatten, die Kommunisten. Somit ist es auch nicht verwunderlich, daß sich Albert Schulz an der Diskussion über die Verfassung nur wenig beteiligte. Abgesehen davon, daß er sich in Grundfragen der Verfassung nicht mit den Kommunisten in Übereinstimmung befand, war der Fraktionszwang bereits in der Debatte derart ausgeprägt, daß eine freie Auseinandersetzung nahezu unmöglich erschien. Und die von den Oppositionsparteien geäußerten Standpunkte lagen ihm oft näher als die der SED. Eine für ihn gewiß nicht einfache Situation, in der es klüger war, sich nicht in jedem Fall öffentlich zu äußern.

Die schönen Reden über die demokratische Wandlung Mecklenburgs der Kommunisten Sobottka, Bürger, Warnke, Quandt und anderer erwiesen sich schon bald als leere Worte. Einmal mehr wurden die Sozialdemokraten betrogen und obendrein noch ob ihres Bekenntnisses zur Demokratie verhöhnt. Zweifellos ergab sich für Albert Schulz Ende 1946 erneut die schwierige Frage, persönliche Konsequenzen aus dem Verrat der Kommunisten zu ziehen und in den Westen zu gehen.

Es war nicht so, daß er die Gefahren unterschätzte, gutgläubig oder gar leichtfertig gewesen wäre. Beratungen im engsten Kreis von Freunden haben ihn aber veranlaßt, der Gefahr, auch für die Sicherheit seiner Familie, vorerst nicht auszuweichen. Niemand möge die Situation aus der Sicht eines fünfzigjährigen Abstands beurteilen und vorschnelle Schlüsse ziehen. Den Kommunisten das Feld nicht

¹⁰ Vgl. MLHA Schwerin. Landtag Mecklenburg-Vorpommern. 2. Vollsitzung, 10. Dez. 1946, Sp. 66.

¹¹ Vgl. Ebenda, Sp. 68.

kampflos zu überlassen, stellte eine grundsätzliche Entscheidung dar.

1947 wurde er von der NKWD verhaftet und wegen angeblicher Gesetzesverletzung, die als Sabotage ausgelegt wurde, zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt. Dabei konnte von einem ordentlichen Gerichtsverfahren keine Rede sein. Ein russischer Major mit zwei Beisitzern und ein Soldat, als Dolmetscher fungierend, hielten Gericht und kamen zu dem Schluß "schuldig". Es gab weder eine Anklageschrift noch einen Verteidiger. Der Dolmetscher war offensichtlich auch nicht in der Lage, die Erklärung zum Sachverhalt, die Schulz gab, dem Vorsitzenden verständlich zu übersetzen. Eine Berufungs- oder Revisionsmöglichkeit gab es nicht. Somit kam es schon einem kleinen Wunder gleich, als Albert Schulz nach einigen Wochen aus dem Mund eines russischen Offiziers hörte, daß er sofort entlassen werde. Als Grund hierfür kann mit Sicherheit die Popularität von Albert Schulz und die durch seine Verhaftung entstandene Unruhe in der Arbeiterschaft angenommen werden. Dies veranlaßte Wilhelm Pieck, sich für seine Freilassung einzusetzen, allerdings ohne auch eine Aufhebung des Urteils zu veranlassen. Es war schon grotesk: Er durfte weiterhin als Oberbürgermeister Rostocks tätig sein mit einem weiterhin in Kraft befindlichen Urteil des Kriegstribunals. Das ist nur verständlich, wenn man weiß, mit welchen Methoden die Russen ihre Regierungsgewalt in der SBZ ausübten. Erst wenn eines Tages das SMAD-Archiv in Moskau geöffnet wird, werden die näheren Umstände der Freilassung von Albert Schulz zu erfahren sein.

Natürlich konnte er nicht sein Amt als Oberbürgermeister wieder aufnehmen und so tun, als sei nichts geschehen. Die Haft bei den Russen hatte Spuren hinterlassen, nicht nur in Form des kahl geschorenen Kopfes. Vor allem wußte er nun, daß er unter der ständigen Beobachtung des NKWD stand und der geringste Anlaß ausreichend sein würde, ihn erneut zu verhaften. Es waren nicht nur die russischen Besatzer, die ihn kritisch beobachteten, auch die SED-Landesleitung traute ihm nicht, und nach der Verhaftung seines Freundes Willy Jesse verschärfte sich das Mißtrauen noch.

Wer nun gehofft hatte, Albert Schulz werde alles geduldig hinnehmen, mußte sich schon bald eines Besseren belehren lassen. Als man beabsichtigte, die kommunal geführte Energieversorgung zentral zu organisieren, stellte Schulz sich an die Spitze der Protestierenden. Er unterzeichnete eine Resolution an die Deutsche Wirtschaftskommission, in der die kommunalen Interessen an der Energieverteilung hervorgehoben wurden, verbunden mit Bitte um Hilfe.

Auf einer Landesvorstandssitzung der SED am 29. und 30. Juli 1949 erfolgte dann eine "prinzipielle Auseinandersetzung mit den Fehlern in der Kommunalpolitik". Aber nicht Schulz und andere Vertreter der Linie, die eine Eigenständigkeit der kommunalen Energieversorgung betonten, erhielten die Unterstützung der Partei, sondern es kam zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit ihnen als "Opportunisten" und ideologisch Zurückgebliebene. Mewis warf ihnen vor, nicht das erforderliche ideologische Grundwissen zu haben, das ein Kommunalpolitiker für die Erfüllung seiner Aufgaben benötige. Er sagte auf der genannten Landesvorstandssitzung wörtlich und meinte dabei in erster Linie Albert Schulz: "Es gibt Genossen in unserer Partei, die glauben, der Mann, der für den Parteisekretär bestimmt ist, muß auf die Schule gehen, braucht ja ein gewisses ideologisches Fundament, aber ich bin doch Kommunal-Politiker und zum Kuckuck, warum soll ich auf eine Schule gehen und mir Grundwissen aneignen! Ich habe eine 40- bis 50-jährige Praxis. Aber daß das eine reformistische Praxis ist, eine Praxis, die uns in die Niederlage, in die Hitler-Diktatur und in die Katastrophe geführt hat, scheinen die Genossen noch nicht begriffen zu haben. Daß man heute nicht Kommunal-Politik betreiben kann, ohne ein festes marxistisch-leninistisches Wissen zu besitzen, ist einigen Genossen noch nicht aufgegangen."¹² Es nützte Albert Schulz wenig, sich auf dieser Sitzung der Landesleitung aus taktischen Gründen "reumütig" zu zeigen: "Ich habe einen schweren Fehler begangen." Was blieb ihm auch weiter übrig, als "gute Miene in bösem Spiel" zu zeigen. Seine Vorverurteilung hatte längst stattgefunden.

Sein Mut zur Auseinandersetzung mit Mewis, Bürger und Warnke unterstreicht die Kämpfernote von Albert Schulz, ging es doch nicht nur um ihn. Zukunftsfragen Mecklenburgs und der SBZ standen auf der Tagesordnung. Im Umfeld der fortschreitenden Stalinisierung der SED unter der Losung der "Herausbildung der SED zur Partei neuen Typus", wie sie von Grotewohl wenige Monate zuvor als "historische Notwendigkeit" begründet wurde, kam die Auseinandersetzung mit dem prominenten Oberbürgermeister Rostocks und ehemaligen Sozialdemokraten gerade zur rechten Zeit. Das kommunalpolitische Problem war ein Aufhänger für eine prinzipielle Auseinandersetzung mit sogenannten opportunistischen und sektiererischen Auffassungen in der SED. Die kommunistischen Gralshüter, die meinten, über die Einheit und Reinheit der Partei wachen zu müssen, wie Mewis, Warnke und Bürger, wollten ein Exempel statuieren. Das Bekenntnis von Schulz: "Ich habe geglaubt, als Oberbürgermeister so arbeiten zu müssen, daß ich jeden Tag mit meiner Arbeit für die Partei Ehre einlegen könnte", der gewiß an das Ideal einer sozialistischen Ge-

¹² Vgl. Bericht des Sekretariats an den Landesvorstand der SED. In: MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Sign. Nr. IV L-2/1/32, BI 17.

sellschaft glaubte und deshalb Wege suchte, der Entfremdung von diesem Ideal entgegenzuwirken, wurde von den SED-Funktionären nicht angenommen. Deren Vorstellungen vom Sozialismus befanden sich in prinzipiellem Widerspruch zu denen von Albert Schulz. Ohne Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung des Menschen wäre nach seiner Meinung der Sozialismus keinen Pfifferling wert. Deshalb verweigerte er auch, eine von der SED vorbereitete Selbstkritik zu unterschreiben.

Es ist zu vermerken, daß einzig Wilhelm Höcker und Carl Moltmann den Versuch unternahmen, gegen die drohende Verurteilung von Schulz und anderen Beschuldigten etwas zu tun. Moltmann: "Wir haben den Vorschlag der Kommission im Sekretariat beraten, aber keine Entscheidung gefällt. Jetzt liegt diese Entscheidung vor. Ich habe in der Sekretariatssitzung auch dazu Stellung genommen und habe gesagt, daß mir die Entschließung etwas weit geht. Ich nehme das zunächst vorweg. Wir sind 1946 als eine Einheitspartei zusammengekommen, haben uns bemüht, uns in unserer Arbeit zu wandeln, um die Dinge alle richtig zu sehen. Wir haben nun seit der letzten Konferenz nach den Reden der Genossen Grotewohl und Ulbricht eine Partei neuen Typus. Genossen, das ist noch keine lange Zeit. Wir werden noch hier und da viele Schwierigkeiten haben. Können wir da nun immer gleich jetzt schon mit diesen Maßstäben messen, wie das hier in dem Vorschlag gemacht wird?"¹³

Von der Parteikontrollkommission wurde ein "kompromißloses Vorgehen" gefordert. "1. Ausschluß des Genossen Stadtrat Müller in Rostock und sofortige Funktionsenthebung. 2. Ausschluß des Genossen Tomaschewski und sofortige Funktionsenthebung. 3. Sofortige Funktionsenthebung des Genossen Schulz, Oberbürgermeister in Rostock, des Genossen Lenz, Stadtdirektor in Güstrow und Genossen Jenssen, Kommunalpolitiker im Kreisvorstand Rostock." Es spielte keine Rolle, daß es sich hier überwiegend um gewählte Kommunalpolitiker handelte, deren Mandat in einem demokratischen Land nicht durch einen Parteibeschluß aufgehoben werden konnte. Der Führungsanspruch der SED und die Beseitigung der demokratischen Rechte einer parlamentarischen Vertretung machten eine solche Praxis bereits im Jahre 1949, noch vor der Gründung der DDR, möglich.

Die Landespartei kontrollkommission (LPKK) beschloß, "Schulz mit einer strengen Rüge mit Funktionsentzug zu bestrafen und ihm das Recht abzuerkennen, innerhalb von 2 Jahren öffentliche Ämter und leitende Funktionen zu bekleiden." Die LPKK kommt dann aber zu einem Schluß, der den Mut von Albert Schulz und seine moralische Integrität bestätigt: "Anstatt zu beweisen, daß er seine Fehler wieder

¹³ Vgl. Ebenda, Bl. 39.

gut machen will und wirklich die Partei als führende Kraft ansieht, hat er es vorgezogen, nach dem Westen zu flüchten." Die nun einsetzende Kampagne der SED versuchte, ihn zu kriminalisieren, und stellte ihn als übelsten Parteifeind dar.

Für Albert Schulz und seine Familie war die Grenze des Ertragbaren erreicht. In einem solchen Klima der Intoleranz und der Ausgrenzung ehemaliger Sozialdemokraten, der Bespitzelung und Denunziation war es ihm unmöglich, weiterhin zu leben. Gemeinsam wurde in der Familie beraten, was in dieser Situation noch zu tun sei. Die Entscheidung zur Flucht war für sie nicht einfach, galt es doch, die Heimat, vielleicht für immer, zu verlassen. Mit seiner Frau und seinem Sohn Peter gelang die Flucht im August 1949 nach Westberlin. Seine Tochter Liesel blieb vorerst noch in Rostock. In einem Brief vom 12. September 1949 schreibt Albert Schulz an sie: "Über Gründe (der Flucht d.V.) zu reden, ist weder Ort noch Stunde günstig." Für ihn stand fest, daß die SED in seinem Fall das Postgeheimnis nicht einhalten werde und wollte deshalb seine Tochter nicht zusätzlich gefährden. Deshalb endet sein Brief mit einer Aussage, die wiederum auch das Charakteristische seiner Situation kennzeichnet: "Wenn ich ein frommer Mann wäre, würde ich mit Luther sagen: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir! Amen!"¹⁴ Nach einigen Wochen folgte sie dann der Familie in den Westen. Der ständige Druck, Verhöre durch SED-Funktionäre und Polizei veranlaßten sie zu diesem Schritt.

Der populäre Sozialdemokrat Albert Schulz wurde im Westen mit großer Achtung aufgenommen. Das erleichterte ihm den Neuanfang. Vor allem aber halfen die neuen Aufgaben, die man ihm vertrauensvoll übertrug. Ab 1950 leitete er das von Herbert Wehner gegründete Büro der SPD-Bundestagsabgeordneten in Hamburg, und ab 1953 war er fast zehn Jahre Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein und Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD. Die politische Arbeit und die Verbindung mit Freunden, die, z.T. nach langen Haftstrafen, ebenfalls in den Westen geflüchtet waren, vermochten ihn etwas über den Verlust seiner Rostocker Heimat hinwegzuhelfen. Als Mann der Tat hat er auch in Schleswig-Holstein an der Seite von Andreas Gayk und Richard Hansen sozialdemokratische Geschichte mitgeschrieben.

Albert Schulz hat dem sozialen Fortschritt in Mecklenburg viele Impulse verliehen. Dabei waren auch manche Niederlagen und Enttäuschungen zu verkraften, die besonders schmerzhaft waren, wenn sie von ehemaligen Kampfgefährten bereitet wurden. All das ging nicht spurlos an ihm vorbei. Sie haben ihn jedoch nicht aufhalten können. Seine starke Persönlichkeit sowie Freunde und Kampfge-

¹⁴ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin. Sign. Nr. IV L-2/3/134.

fährten wie Heini und Grete Beese, Willy Jesse, Hans Griem, Martin Müller und viele andere mehr gaben ihm die Kraft, gegen die Willkür der Besatzer und gegen das Vorherrschaftsstreben der Kommunisten anzugehen. Daß er letztlich unterliegen mußte, lag gewiß nicht an ihm.

Sein kämpferisches Leben resümierend schrieb er im Oktober 1972 in einem Nachwort seiner Lebenserinnerungen: "Mein Leben war bunt und wechselvoll. Aber ich sage "Ja" zu meinem Leben! Und wenn es möglich wäre, ich wäre bereit, mein Leben noch einmal zu leben mit allen Höhen und allen Tiefen. Allerdings unter einer Bedingung: Noch einmal an der Seite meiner lieben, klugen, tapferen und einfühlsamen Frau Emmy. geb. Munck."¹⁵

Die Meßlatte für sein politisches und privates Leben hatte er hoch angelegt. Er forderte viel von seinen Partnern und Freunden und gönnte seinen Gegnern keine Atempause. Deshalb haßten sie ihn über den Tod hinaus. Den SED-Funktionären diente er als Inkarnation für "Opportunismus, Revisionismus und Sozialdemokratismus". In der DDR-Geschichtsschreibung wurde er als Feind behandelt. So heißt es in der Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952: "Er hatte es nicht vermocht, aus Krieg und Faschismus die Lehre zu ziehen, daß es kein Zurück zur formalen bürgerlichen Demokratie der Weimarer Republik geben konnte, und beharrte auf antisowjetischen Positionen. Schulz vermochte auch nicht zu begreifen, daß die Aneignung der Erkenntnisse Lenins und der Erfahrungen der KPdSU (B) zutiefst den Interessen der deutschen Arbeiterklasse diene und unabdingbare Voraussetzung für ihr siegreiches Voranschreiten war. So wurde er zum Verräter an der Sache der Arbeiterklasse."¹⁶

Die Geschichte hat über diese Geschichtsschreiber und über die DDR gerichtet. Die Wahrheit lag auf der Seite von Albert Schulz. Er hätte seine Freude an den Ereignissen des Jahres 1989 gehabt, hätte sicherlich den Sozialdemokraten und Politikern manch kritisches Wort zu sagen gehabt. Sein Rat wäre uns heute von unschätzbarem Wert. Leider können wir diesen nicht mehr bekommen. Am 26. Juli 1974 ist er in Hamburg gestorben.

¹⁵ Vgl. Anm. 6, S. 148.

¹⁶ Vgl. Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952. Rostock 1986, S. 433.

Tabellarischer Lebensweg

11.10.1895	geboren in Rostock
1902 - 1910	Volksschule
1910 - 1914	Lehre als Maschinenbauer auf der Neptunwerft
11.10.1913	Mitglied der SPD
ab Mai 1914	Wanderschaft
1915	Soldat, Feldartillerist
1918	entlassen als Unteroffizier
1918	Mitglied des Soldatenrats in Rostock
1919	Angestellter der Ortskrankenkasse
1920	Führer eines "Stoßtrupps" während des Kapp-Putsches
1920	Stellvertreter des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Rostock
1921 - 1933	Abgeordneter des Mecklenburg-Schwerinschen Landtags
1923	Heimvolkshochschule Schloß Tinz
1924 - 1933	Gauführer Mecklenburg-Lübeck des "Reichsbanner Schwarz Rot Gold"
1928	Redakteur der Mecklenburgischen Volkszeitung
1929	Erster Vorsitzender des SPD-Bezirks Rostock
1932	Abgeordneter des Deutschen Reichstages
Frühjahr 1933	erste Verhaftung wegen "Verdacht auf Hochverrat"
Sommer 1933	zweite Verhaftung
1933	Eröffnung eines Zigarrenladens in Rostock

1934 - 1945	illegaler Kampf gegen die NS-Diktatur an der Seite von Julius Leber und Willy Jesse, Heini Beese, Karl Schröder
1939 - 1940	Soldat
1941 - 1945	dienstverpflichtet als Zivilangestellter der Luftwaffe
Juli 1944	Verhaftung, einige Monate Haft
1945	Rückkehr nach Rostock
5.7.1945	Wiederbegründung der SPD in Rostock
Februar 1946	Einsetzung als Oberbürgermeister von Rostock
Sept. 1946	Wahl zum Oberbürgermeister von Rostock
1947	Verhaftung durch NKWD, Verurteilung zu 10 Jahren Zwangsarbeit, nach einigen Monaten entlassen
1949	auf Beschluß des Landesvorstandes der SED als Oberbürgermeister entlassen, Ausschluß aus der SED
1949	Flucht mit Frau und Sohn nach Westberlin. Danach Wohnsitz in Hamburg
1950	Sekretär des Büros der SPD-Bundestagsabgeordneten von Hamburg
1953 - 1962	Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holstein, Wahl zum Stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD
26.7.1974	gestorben in Hamburg

Inhaltsverzeichnis der Dokumente

1. Aus der Aussprache zum Entwurf eines "Volksnotgesetz" der Fraktion der NSDAP
2. Aus dem ursprünglichen Vorschlag für einen Landesvorstand der SPD
3. Statut der Ortsgruppe Rostock der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
4. Mitteilung über die Neugründung der Ortsgruppe Rostock der SPD
5. Schreiben an den Rostocker OB zur Aufnahme von Mitgliedern in die SPD
6. Denunzierendes Schreiben der KPD zur Stellungnahme von Albert Schulz bezüglich der Entlassung des Herrn Hörning
7. Über die Freilassung Albert Schulz aus dem Gefängnis
8. Aus der Diskussion auf der Landesvorstandssitzung der SED vom 29.7.1949
9. Aus dem Beschluß der Landespartei kontrollkommission (LPKK)
10. Aus den Lebenserinnerungen von Albert Schulz

Abschrift

1. Aus der Aussprache zum Entwurf eines "Volksnotgesetz" der Fraktion der NSDAP¹

Meine Damen und Herren! Die Vorlage soll nach dem Willen der Antragsteller ein Zeichen der Not und Armut sein. Es ist nicht zu bestreiten, daß diese Vorlage ein Zeichen der Armut ist, ein Zeichen der geistigen Armut der Herren Nationalsozialisten. Wir haben im Landtag früher bereits manchen komischen Gesetzentwurf von den Völkischen erlebt. Ich erinnere an den Gesetzentwurf über die famosen Bau-schuldscheine. Aber einen derartig spaßigen Gesetzentwurf wie diesen hat der Landtag wohl noch nicht erlebt. Wir sind der Auffassung, daß diese Vorlage im Grunde genommen weiter nichts als eine schlecht in Paragraphen gepreßte Komödie ist. Glauben die Nationalsozialisten wirklich selbst, daß sie auf diese Weise die Not in Mecklenburg lindern können? Vielleicht kann man einigen der Antragsteller mildernde Umstände zubilligen. Ich kann aber von Herrn Steinfatt, der immerhin Rechtsanwalt ist, nicht annehmen, daß er hier oben derartig schwach möbliert ist, daß er nicht die Unsinnigkeit seines Antrages erkennen sollte. ... Herr Hildebrandt, wenn Sie sich schon mit dem Reichstag beschäftigen, dann wollen wir uns auch ein bißchen mit Ihrer Fraktion, ganz kurz allerdings, beschäftigen. Wenn die Not so groß ist, warum nutzen Sie die Möglichkeiten nicht aus, Mittel hereinzubekommen? Sie redeten von den Reichstagsverhandlungen in der Vorwoche. Warum haben Sie im Reichstag in der Vorwoche die sozialdemokratischen Anträge über die Sonderbesteuerung der Dividenden, über die Sonderbesteuerung der Aufsichtsratsantien, über die Sonderbesteuerung der Einkommen über 50 000 Reichsmark abgelehnt? Ist das vielleicht auf das Frühstück zurückzuführen, das Ihnen der Ritter v. Stauß gegeben hat? Sie werden schon vorsichtiger. Nachdem Sie heute uns hier erzählt hatten, daß mindestens einige tausend Bankdirektoren hängen müßten, ehe es besser würde, hatten wir schon damit gerechnet, daß wir zu diesem Weihnachten unter den Tannenbäumen nicht Marzipankügelchen bei den Nationalsozialisten hängen sehen würden, sondern daß jedem Nationalsozialisten ein aufgehängter Bankdirektor am Tannenbaum plaziert würde. Herr Hildebrandt ist dann vorsichtig genug gewesen, zu sagen, diese Darstellung sei bildlich gemeint gewesen. Herr Hildebrandt, uns Sozialdemokraten ist das gar nicht neu. Wenn Sie mit dem Köpferrollen und derartigen Dingen renommieren, dann wissen wir, daß das bei Ihnen immer bildlich zu verstehen ist; denn daß wir Sie ernst nehmen, daß können Sie doch wohl mit dem besten Willen in der Welt nicht verlangen. ... Und, Herr Hildebrandt, ich bin überzeugt, daß auch die Kommunisten mit uns zusammen dazu beitragen werden, daß Ihnen vor dem mecklenburgischen Volk die Larve vom Gesicht gerissen wird, daß das mecklenburgische Volk Ihre Medizin einmal zu spüren bekommt, und wir sind fest davon überzeugt, daß das Urteil des mecklenburgischen Volkes so ausfallen wird, daß Ihnen Hören und Sehen vergeht."

¹ Albert Schulz. Verhandlungen des Sechsten Ordentlichen Mecklenburg-Schwerinschen Landtages. 24. Sitzung. 17. Dez. 1930, Sp. 1985 ff.

Abschrift

2. Aus dem ursprünglichen Vorschlag für einen Landesvorstand der SPD¹
Entwurf

Schwerin, den 27. 7. 1945

An die
Sowjetische Russische Administration

Wir bitten den Herrn General um Genehmigung zur Bildung eines Landesvorstandes für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für das Gebiet Mecklenburg-Vorpommern. Ihm sollen nachstehende Personen angehören:

1. Vorsitzender:

Albert S c h u l z, Rostock
früheres Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Mitglied des Mecklenburgischen Landtages, Redakteur der sozialistisch-demokratischen Zeitung in Mecklenburg.

2. Vorsitzender:

Carl M o l t m a n n, Schwerin
früheres Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Mitglied des Mecklenburgischen Landtages und des Deutschen Reichstages für die Sozialdemokratische Partei.

Beisitzer:

Carl M o r i t z, Wismar
Stadtverordneter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Wismar und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Mitglied des Mecklenburgischen Landtages.

Beisitzer:

Hans M a h n k e
vor 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Leiter der sozialistischen Arbeiterjugend für den Bezirk Mecklenburg.

Beisitzer:

Xaver K a r l, Schwerin
vor 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirkssekretär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für den Bezirk Mecklenburg.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, II/1.

Beisitzer:

Franz H ö p p n e r, Neubrandenburg
Stadtverordneter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Neubrandenburg, vor 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Beisitzer:

Herbert S e v e r i n, Wismar
früheres Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Stadtverordneter in Wismar.

Beisitzer:

Alfred S t a r o s s o n, Rostock
vor 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Landtagsabgeordneter.

Beisitzer:

Rudolf B o h s e, Schwerin
vor 1933 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Leiter der sozialistischen Arbeiterjugend in Schwerin.

Abschrift

3. Statut der Ortsgruppe Rostock der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands¹

1. Die Ortsgruppe Rostock der Sozialdemokratischen Partei betrachtet sich als Glied einer sobald als möglich für ganz Deutschland aufzubauenden einheitlichen Sozialdemokratischen Partei.
2. Sie erklärt sich zu gemeinsamen Kampf und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen Parteien und Organisationen bereit, deren Losung ebenfalls der Kampf gegen die Überreste des Hitlerregimes, und die Schaffung einer antifaschistischen, demokratisch-parlamentarischen Republik ist.
3. Nach Bildung weiterer Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Partei in Mecklenburg ist, sobald es die Verhältnisse gestatten, ein Bezirksparteitag einzuberufen. Bis dahin führt der Vorstand der Rostocker Ortsgruppe die Geschäfte des Bezirksvorstandes Mecklenburg.
4. Bis zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms durch einen Reichsparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands betrachtet die Ortsgruppe Rostock folgende grundlegende Forderungen als ihr vorläufiges Programm:

Restlose Vernichtung aller Spuren des Hitlerregimes, seiner Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung;

Sicherung der Ernährung, Bereitstellung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft und genossenschaftlicher Zusammenschluß in der Landwirtschaft;

Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen;

Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften, Beseitigung aller Hemmnisse der privaten Unternehmerinitiative unter Wahrung der sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung;

Volkstümlicher Kulturaufbau, Förderung von Kunst und Wissenschaft;

Neuregelung des Sozialrechtes, freiheitliche und demokratische Gestaltung des Arbeiterrechtes, Einbeziehung aller arbeitenden Menschen in die Sozialversicherung;

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, II/2 a.

Förderung der Wohnungsfürsorge und des Siedlungswesens, Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Schaffung von Grund und Boden für umsiedlungsbereite Großstädter;

Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen, Bodenschätze der Bergwerke und der Energiewirtschaft, Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für die Zwecke des Wiederaufbaus;

Anpassung des Rechtes an die antifaschistisch-demokratische Staatsauffassung, staatlicher Schutz der Person, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Interessen des Staates und der Achtung des einzelnen Staatsbürgers. Gesinnungsfreiheit, strafrechtlicher Schutz gegen Rassenverhetzung.

Rostock, den 5. Juli 1945.

Albert Schulz

Abschrift

4. Mitteilung über die Neugründung der Ortsgruppe Rostock der SPD¹

Albert Schulz
Dornblühstr. 11

Rostock, den 13. Juli 1945

An den
Herrn Oberbürgermeister
h i e r
Rathaus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Hierdurch erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß in Rostock eine Versammlung der früheren sozialdemokratischen Funktionäre die Neugründung einer Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei beschloß. Als Vorsitzender dieser Ortsgruppe erlaube ich mir, Ihnen als Anlage das Statut der Ortsgruppe Rostock der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu übermitteln.

Ferner teile ich mit, daß der Vorstand sich aus folgenden Personen zusammensetzt:

Albert Schulz	1. Vorsitzender	Dornblühstr. 11
Alfred Starosson	2. "	Am Strande 17
Karl Kröger	Kassierer	Füselierstr. 5
Walter Schulz	Schriftführer	Am Kabutzenhof 6
Dr. Jur. Ballerstedt	Beisitzer	Rostock-Gehlsdorf
Karl Krenth	"	Maßmannstr. 90
Martin Müller	"	Fr. Franzstr. 41
Karl Schröder	"	Kämmereistr. 4
Paul Harder	"	Margarethenstr. 35
Grete Beese	"	Am Wendländer Schilde 14
Hans Weimar	"	Gneisenastr. 6

Nach dem Befehl Nr. 2 des Marschalls Shukow vom 10. Juni 1945 Ziffer 3 sollen die Programme und Vorschriften der politischen Parteien beim Militärkommandanten und bei der städtischen Selbstverwaltung registriert werden. Dem Kommandanten der Roten Armee in Rostock ist bereits von der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Kenntnis gegeben worden. Es wird gebeten, diese Mitteilung als Registrierung zu betrachten. Um eine Bestätigung der erfolgten Registrierung an meine Anschrift bitte ich.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Albert Schulz

1 Anlage

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, II/2 a.

Abschrift

5. Schreiben an den Rostocker OB zur Aufnahme von Mitgliedern in die SPD¹

Sozialdemokratische Partei Deutschland
Ortsgruppe Rostock

Rostock, den 27. Juli 1945

An den
Herrn Oberbürgermeister
der Stadt Rostock

Hier
Rathaus

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Von einer Reise zurückkehrend, finde ich heute Ihr Schreiben mit der Bitte um Übermittlung der Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Rostock, vor. Ich konnte das Schreiben deshalb leider nicht termingemäß beantworten.

Da die Drucksachen für unsere Partei (Aufnahmescheine usw.) erst am Sonnabend den 21. genehmigt wurden, am Montag und Dienstag aber kein Strom in Rostock war, konnte die Druckerei erst am Mittwoch mit der Herstellung der Aufnahmescheine beginnen. Aus diesem Grunde konnte eine Aufnahme von Mitgliedern nicht stattfinden. Sie wird am Montag, den 30.7. beginnen. Die Ortsgruppe der Sozialdemokratie in Rostock besteht zunächst also lediglich aus einem Gerippe, dargestellt durch die alten Funktionäre und den neu gewählten Vorstand.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Albert Schulz

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, II/2 a.

Abschrift

6. Denunzierendes Schreiben der KPD zur Stellungnahme von Albert Schulz bezüglich der Entlassung des Herrn Hörning¹

KPD Ortsgruppe Rostock
R o s t o c k

Rostock, den 14. November 1945

Herrn
Oberbürgermeister Seitz
R o s t o c k

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

In der Blocksitzung am 12. November 1945 verlas Herr Albert Schulz, Vorsitzender der SPD, das Schreiben, das Sie ihm in Abschrift übersandt hatten und die Aufkündigung des komm. Beschäftigungsverhältnisses des Herrn Hörning betraf.

Herr Schulz benutze dieses Schreiben, das er als "merkwürdig" bezeichnete, um die Verbrechen des Herrn Hörning zu bagatellisieren. Er rügte auch, daß in dem Kündigungsschreiben die Taten des Herrn Hörning als "Verbrechen" bezeichnet seien und wies darauf hin, daß es noch niemals üblich gewesen sei, das Urteil vorweg zu nehmen, indem vor Ergebung einer gerichtlichen Entscheidung bereits die Kündigung ausgesprochen würde.

Der Vertreter der Christl. Dem. Union, Herr Dr. Witte, gab seine Zustimmung, indem er bemerkte "sehr richtig".

Herr Schulz machte alsdann Ausführungen darüber, daß Herr Hörning alter Antifaschist sei, daß die Verteilung der 14 Punkte durch ihn nicht schwer zu nehmen sei und daß der Besitz antisowjetischer Literatur in den Händen des Herrn Hörning überhaupt nicht zu beanstanden sei.

Wir machen Ihnen von diesem Vorfall offiziell Mitteilung und würden es begrüßen, wenn Sie den Vorfall zum Anlaß nehmen, den Standpunkt der Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit dem Herrn Schulz gegenüber in einem Schreiben zu präzisieren und wenn Sie ferner dem stellvertretenden Chef der Polizei auch noch die anliegenden Schreiben aushändigen würden.

In vorzüglicher Hochachtung!

KPD Ortsgruppe Rostock

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, I/22 b.

Abschrift

7. Über die Freilassung Albert Schulz aus dem Gefängnis¹

WILHELM PIECK

Berlin N 5, den 28.7.1947
Lothringer Straße 1

Landesvorstand der SED Mecklenburg
Schwerin

Werte Genossen!

Die Entlassung des Rostocker Bürgermeisters, unseres Genossen Schulz, aus dem Gefängnis ist, wie mir von der zuständigen Stelle mitgeteilt wird, auf meinen ausdrücklichen Wunsch erfolgt, obwohl Genosse Schulz einen schweren Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen begangen hat. Ich hoffe, daß die Entlassung auch etwas zur Beruhigung der Genossen beiträgt.

Mit den besten Grüßen

W. Pieck

i.A. E. Winter

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. IV/L/2/3/134.

Abschrift

8. Aus der Diskussion auf der Landesvorstandssitzung der SED vom 29.7.1949¹

Genosse Kurt Moltrecht:

Genossinnen und Genossen! Wir haben soeben die Ausführungen der Genossen Schäfer und Schulz gehört. Beide Genossen haben hier erklärt, daß sie einsehen, daß sie einen Fehler gemacht haben. Aber ich möchte sagen, daß ich trotzdem in den Ausführungen beider Genossen das vermisse, was eigentlich unter Kritik und Selbstkritik vor allen Dingen zu verstehen ist, nämlich daß beide Genossen eine politische Einschätzung ihrer Fehler gegeben hätten. Beide Genossen haben wohl gesagt, "wir haben Fehler gemacht!", aber beide haben versucht, die Gründe für ihre Fehler zu erklären, und sie beweisen meiner Meinung damit, daß sie noch nicht in genügendem Maße davon überzeugt sind, welche politische Bedeutung ihr Fehler hat, daß sie noch nicht in genügendem Maße von der Richtigkeit der Feststellungen, die das Sekretariat getroffen hat, überzeugt sind. Wir wissen eines, wir sind als sozialistische Einheitspartei eine Partei der Arbeiterklasse und kämpfen nicht nur allein für die Sache der Arbeiterklasse, sondern letzten Endes für die Sache der gesamten Menschheit, und deshalb deckt sich die Aufgabenstellung unserer Partei objektiv mit den Interessen der Arbeiterklasse und mit den Interessen der Masse überhaupt. Es gibt keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen Parteiinteressen, Interessen der Klasse und Interessen der Masse. Deshalb ist es in unserer Partei, und zwar nur in unserer Partei im Gegensatz zu allen anderen Parteien möglich, eine voll entfaltete innere Parteidemokratie zu entwickeln, die darin besteht, daß alle unsere Leitungen wählbar sind, daß Mehrheitsbeschlüsse gefaßt werden, und daß alle unsere Parteileitungen Rechenschaft vor der Parteimitgliedschaft ablegen müssen. ...

Genosse Mewis

Es gibt Genossen in unserer Partei, die glauben, der Mann, der für den Parteisekretär bestimmt ist, muß ja auf die Schule gehen, braucht ja ein gewisses ideologisches Fundament, aber ich bin doch Kommunalpolitiker und zum Kuckuck, warum soll ich auf eine Schule gehen und mir Grundwissen aneignen! Ich habe eine 40- bis 50 jährige Praxis. Aber daß das eine reformistische Praxis ist, eine Praxis, die uns in die Niederlage, in die Hitlerdiktatur und in die Katastrophe geführt hat, scheinen die Genossen noch nicht begriffen zu haben. Daß man heute nicht Kommunalpolitik betreiben kann, ohne ein festes marxistisch-leninistisches Wissen zu besitzen, ist einigen Genossen noch nicht aufgegangen. ...

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/L-2/1/37.

Genosse Moltmann

... Aber Genosse Mewis, geht ihr nicht doch über das hinaus, was Gen. Grotewohl hier formuliert hat? (Auf der 1. Parteikonferenz der SED) Die Kommission hat diesen Antrag formuliert, und ich muß dazu hier sagen, hier haben wir Zeit, um dazu das Wort zu nehmen, hier ist unsere Demokratie, und wenn wir hier die Beschlüsse gefaßt haben, dann sind sie richtig, und dann werden sie auch durchgeführt. Aber hier ist unsere Demokratie. Hier haben wir das zu sagen, was wir denken. Hier haben wir das offen anzusprechen, und das kann mir niemand verwehren. Dazu kann jeder Stellung nehmen und auch seine Meinung äußern. Aber es darf nicht so sein, daß viele Genossen, die nun einmal nicht ganz einverstanden sind, hier in unserer Versammlung, in unserer Vorstandssitzung nun nicht aufstehen und offen ihre Meinung sagen, damit jeder klar sieht, wie man zu den Dingen steht. Aus diesen Gründen, weil ich mit den Vorschlägen nicht so einverstanden bin - ich habe auch noch einiges anderes eigentlich dazu zu sagen, was ich aber hier nicht sagen will - bin ich der Meinung, daß das kleine Sekretariat diese Vorschläge der Kontrollkommission noch einmal überprüfen soll und daß morgen früh dann über diese Vorschläge abgestimmt wird. Ich möchte nicht, daß nun ohne eine gründliche Überlegung und Beratung so ernste und wichtige Beschlüsse für die Partei gefaßt werden.

Abschrift

9. Aus dem Beschluß der Landespartei kontrollkommission (LPKK)¹

S c h u l z, Albert
früherer Oberbürgermeister
in Rostock

Die LPKK hat in ihrer Sitzung am 21.9.49 noch einmal sich mit Schulz beschäftigt und stellt folgendes fest:

Der 1. Beschluß der LPKK vom 14.7.49, Schulz mit einer strengen Rüge mit Funktionsentzug zu bestrafen und ihm das Recht abzuerkennen, innerhalb von 2 Jahren öffentliche Ämter und leitende Funktionen zu bekleiden, wurde durch die am 29. und 30.7.49 stattfindende Landesvorstandssitzung folgend abgeändert:

Der Gen. Schulz wird wegen Verhinderung der Durchführung der Linie der Partei seiner Funktion enthoben und erhält eine Verwarnung.

Schulz hat gar nicht daran gedacht, selbstkritisch zu den gemachten Fehlern Stellung zu nehmen. Es hat sich heute herausgestellt, daß unsere Vermutung, daß Schulz Verbindung nach dem Westen hatte, richtig war. Anstatt zu beweisen, daß er seine Fehler wiedergutmachen will und wirklich die Partei als führende Kraft ansieht, hat er es vorgezogen, nach dem Westen zu flüchten.

Die LPKK beschließt:

Albert S c h u l z sofort aus der Partei auszuschließen und mit dem Sekretariat gemeinsam diesen Beschluß, unter Aufzeigung der Fehler von Schulz, in der Zeitung zu veröffentlichen.

Die LPKK schlägt dem Sekretariat vor, ebenfalls Schulz sofort als Landtagsabgeordnetem sein Mandat zu entziehen und den Genossen Moltmann zu veranlassen, dieses zur Durchführung zu bringen.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/L-2/4/141.

Abschrift

10. Aus den Lebenserinnerungen von Albert Schulz¹

N a c h w o r t

Im Oktober ds. Jahres (1972) wurde ich 77 Jahre. Zwar bin ich noch körperlich und geistig rüstig, aber mein Leben geht doch dem Ende entgegen. Kluge Leute sagen, künftig würden die Menschen 10 Berufe ausüben. Obgleich ich noch aus dem 19. Jahrhundert stamme, habe ich das schon getan.

Ich war Maschinenbauer, war Heizer einer Straßenwalze, war Krankenkassenangestellter und Redakteur, war Zigarrenhändler und Leiter einer Gebührsstelle der Luftwaffe, war Oberbürgermeister von Rostock und Aushilfsangestellter beim Arbeitsamt in Hamburg, war Privatsekretär der Bundestagsabgeordneten in Hamburg und Bezirkssekretär meiner Partei in Schleswig-Holstein. Und wenn man mich fragen würde, in welchem Beruf ich am glücklichsten war, würde ich antworten: dem des sozialdemokratischen Redakteurs.

Mein Leben war bunt und wechselvoll. Aber ich sage "Ja" zu meinem Leben! Und wenn es möglich wäre, ich wäre bereit, mein Leben noch einmal zu leben mit allen Höhen und allen Tiefen. Allerdings unter einer Bedingung:

noch einmal an der Seite meiner lieben, klugen, tapferen und einfühlsamen Frau Emmy geb. Munck.

Oktober 1972
gez. Albert Schulz

¹ Lebenserinnerungen von Albert Schulz. Aus dem Besitz der Familie.

Der Autor

Dr. phil. Klaus Schwabe, Jahrgang 1944, ist wissenschaftlicher Archivar beim Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin.

In der Reihe „Geschichte Mecklenburg-Vorpommern“ sind bislang folgende Publikationen erschienen:

1. Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1947 - 1949. Anmerkungen zur Geschichte einer Region
(Klaus Schwabe)
2. Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern
(Klaus Schwabe)
3. Verfassungen in Mecklenburg zwischen Utopie und Wirklichkeit
(Klaus Schwabe)
4. Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern
(Klaus Schwabe)
5. Mecklenburg-Vorpommern - Land am Rand für immer?
(Büschel/Fronius/Gurgsdies/Pfüller/Witt)
6. Spuren jüdischen Lebens in Mecklenburg
(Heinz Hirsch)
7. Albert Schulz - Ein Leben für soziale Gerechtigkeit und Freiheit
(Klaus Schwabe)
8. Juden in Vorpommern
(Wolfgang Wilhelmus)